

Abfallbeseitigung

- **Entscheidung über die Aufhebung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Ettlingen zum 31.12.2008**
-

Beschluss: (einstimmig, 2 Enthaltungen)

Der beigefügten Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) der Stadt Ettlingen zum 31.12.2008 wird zugestimmt.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

In der öffentlichen Sitzung am 28.02.2007, R. Pr. Nr. 14, stimmte der Gemeinderat der Rückdelegation des Einsammelns und Beförderns von Abfällen und der Grünabfallverwertung an den Landkreis Karlsruhe zu. Ab 01.01.2009 gilt die kreiseinheitliche Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) des Landkreises Karlsruhe, die für alle Kreiskommunen Gültigkeit hat.

Aus diesem Grunde **muss** die örtliche Abfallwirtschaftssatzung zum 31.12.2008 aufgehoben werden.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist die Aufhebungssatzung beigefügt.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.11.2008 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zuzugingen, wird hingewiesen.

- - -

Stadtrat Haas stimmt der Vorlage für die CDU-Fraktion zu.

Stadtrat Rebmann stimmt der Vorlage für die FE-Fraktion zu.

Stadträtin Hofmeister führt aus, dass offensichtlich immer noch nicht alle Bürger wüssten, dass die Stadt die Aufgabe abgegeben habe. Die Informationsbroschüren des Landkreises seien nicht sehr aussagekräftig. Die Situation habe sich für die Bürger nicht verbessert.

Stadträtin Saebel sieht es ähnlich. Man sei nicht glücklich mit der jetzigen Lösung. Die Kenntnisnahme der Vorlage sollte eigentlich ausreichen.

Stadträtin Lumpp schließt sich Stadträtin Saebel an.

Stadtrat Künzel merkt an, dass die Bürger unzufrieden seien. Der Landkreis habe sich ein Eigentor geschossen. Der Bürokratismus sei schon der Wahnsinn. Die Kreisräte sollten das Thema nochmals in die Diskussion führen.

Oberbürgermeisterin Büssemaker informiert darüber, dass der Kreistag die Kreisverwaltung mit sehr großer Mehrheit aufgefordert habe, eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Stadtrat Rebmann hält es für unzulässig, dass Kommunalpolitiker Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Zahlen für 2009 sei mit Rückdelegation billiger als ohne. Man könne aber nicht 2008 mit 2009 vergleichen.

Stadtrat Haas fügt an, dass man ohne Rückdelegation noch höhere Gebühren hätte.

Stadtrat Prof. Dr. Ditzinger ist der Ansicht, dass man bedeutende Einsparungen versprochen habe, aber nun werde es teurer und der Service auf den Häckselplätzen sei bisher schlecht.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erklärt, dass das größte Problem die Trennung sein werde. Heute gehe es aber nur um die Aufhebung der Satzung. Eine reine Kenntnisnahme reiche hier nicht aus.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig, bei 2 Enthaltungen, vorstehender Beschluss gefasst.

- - -